Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 52. Mittwoch den 21. Februar 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Da in Folge der laut unserer Bekanntmachung vom 14. ds. Mts getroffenen Maßregeln zur Verhütung der **Rinderpest** der Auftrieb von Wiederkäuern auf dem Pfaffendorfer Viehhofe sich erheblich vermindert hat, weil derartiges Vieh häufig nach Eintreffen in hiesiger Stadt unmittelbar nach den einzelnen Schlachthäusern gebracht, hierdurch aber der Controle entzogen wird, und da außerdem eine Abänderung der jetzt vorgeschriebenen Schlachtstunden sich erforderlich gemacht hat, so verfügen wir hierdurch Folgendes:

1) **Das Schlachten von Rindern, Kälbern, Schafen und Ziegen in Privathäusern ist bis auf Weiteres verboten.**
2) Rinder (Großvieh) dürfen nur im Schlachthofe und im Nothschlachthause des Pfaffendorfer Hofes, Kälber, Schafe und Ziegen nur im Pfaffendorfer Hofe geschlachtet werden.
3) Montags und Freitags Vormittags, sowie Sonntags darf **nicht** geschlachtet werden.
4) Die Schlachtstunden sind

im Schlachthofe:

Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends Vormittags von 9 bis 12 Uhr, sowie Nachmittags am Sonnabend von ½4 bis ½8 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 2 bis 6 Uhr;

im Pfaffendorfer Hofe:

Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends Vormittags von 9 bis 12 Uhr und an allen Wochentagen von 2 bis 7 Uhr Nachmittags.

5) Zuwiderhandlungen werden nach §. 328 des Strafgesetzbuches mit Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren geahndet.

Leipzig, am 19. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 9. kftg. Mon.** auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 1168. Bekanntmachung, betreffend die Ausgabe verzinslicher Schatzanweisungen im Betrage von 8,000,000 ℳ Vom 9. Februar 1877.

Leipzig, den 19. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die bisher von dem Armenpfleger Herrn Scheffler verwaltete 3. Pflege des XV. Armendistricts ist, nachdem Herr Scheffler sein Amt als Pfleger für diese Pflege niedergelegt hat, von dem Drechslermeister Herrn **Friedrich Ferdinand Lehmann,** Schützenstraße Nr. 2, zur Verwaltung übernommen worden.

Das Armendirectorium.
Leipzig, den 16. Februar 1877. Schleißner. Hentschel.

Bekanntmachung.

Das 2. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 9. kft. Mts.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 10. Instruction zum Einkommensteuergesetze vom 22. December 1874 für das Jahr 1877; vom 6. Februar 1877.

Leipzig, den 19. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die Anfuhr von 4000 Cubikm. Bruchsteinknack aus dem Steinbruch zu Grasdorf zur Unterhaltung der macadamisirten städtischen Straßen und Chausseen im Jahre 1877 soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Hierauf Reflectirende haben ihre Forderungen bis zum 3. März d. J. Abends 6 Uhr auf der städtischen Marstall-Expedition im alten Johannishospital niederzulegen, wo auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 17. Februar 1877.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Zur Herstellung des östlich und westlich der Waldstraße gelegenen Theils

der Gustav-Adolphstraße

sind 2130 □M. Pflaster von Bruchsteinen und
563 „ dergl. von bossirten Steinen,

des westlich der Waldstraße gelegenen Theils

der Auenstraße

1424 □M. Pflaster von Bruchsteinen und
336 „ „ von bossirten Steinen,

und des östlich und westlich gelegenen Theils

der Fregestraße

2395 □M. Pflaster von Bruchsteinen und
720 „ „ von bossirten Steinen

neu zu fertigen.

Die hierzu erforderlichen Steinsetzerarbeiten sollen im Wege der Submission vergeben werden und haben darauf Reflectirende ihre Offerten bis zum 28. dieses Monats Abends 6 Uhr versiegelt bei der Marstall-Expedition niederzulegen, wo auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 15. Februar 1877.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

Leipzig, 20. Februar.

Als vor drei Jahren der neugewählte Reichstag zusammentrat, waren es die zum ersten Male erscheinenden Abgeordneten des Reichslandes, welche die Aufmerksamkeit vor Allem auf sich zogen. Auch diesmal sieht man ihrem Auftreten mit Spannung entgegen; dieselbe gilt in erster Linie der Haltung, welche die Autonomisten annehmen werden. Von dieser Haltung wird zum guten Theil abhängen, wie sich die maßgebenden Parteien des Reichstags für die nächste Zukunft zu den reichsländischen Angelegenheiten stellen werden. Wir wissen nicht, ob es wahr ist, daß die halben und ganzen Protestler, welche aus den diesmaligen Wahlen hervorgegangen sind, den ausdrücklichen Protest gegen die Annexion zu wiederholen beabsichtigen. Es würde die erste Versuchung sein, welche an die Autonomisten herantreten würde. Wir denken, sie werden ihr widerstehen. Das erste Erforderniß für eine ersprießliche Wirksamkeit ihrerseits ist die Vermeidung jeder Zweideutigkeit in der Stellung zu Deutschland. Wir Alle achten das Gefühl, welches die Elsaß-Lothringer die Lostrennung von Frankreich nur mit Widerstreben hinnehmen ließ, aber selbstverständlich ist für die Elsaß-Lothringer, wenn sie unter der deutschen Herrschaft politische Rechte ausüben wollen, die erste Bedingung, daß sie jene Trennung als definitive Thatsache anerkennen, an welcher nicht mehr zu mäkeln ist. Thun sie Dies aber, so hat ein Protest auch als bloße Formalität keinen Sinn. Eine weitere Klippe für die Autonomisten wäre, wenn sie sich gewöhnten, den Reichstag lediglich als elsaß-lothringischen Landtag zu betrachten und sich um alle allgemein deutschen Angelegenheiten gar nicht zu kümmern. Die autonomistischen Reichstagsabgeordneten würden dadurch mit sich selbst in Conflict gerathen. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, die Particulargesetzgebung ihres Heimathlandes aus dem Reichstage zu entfernen und sie einem elsaß-lothringischen Landtage zu übertragen. Daraus ergiebt sich als ihr eigenstes, wenngleich nicht ausgesprochenes Postulat, daß die Reichstagsabgeordneten aus Elsaß-Lothringen ihr Mandat in erster Linie als ein allgemeines deutsches zu betrachten haben. Die Autonomisten würden also einen großen Fehler begehen, wollten sie sich den großen den Reichstag beschäftigenden Angelegenheiten unthätig gegenüberstellen. Andererseits aber entsteht für sie wiederum die schwierige Frage, in welcher Richtung sie sich an denselben activ betheiligen sollen. Die Kenntniß deutscher Zustände und Einrichtungen ist in Elsaß-Lothringen, selbst in den gebildeten Kreisen noch eine ziemlich geringe; zudem ist man sehr geneigt, die deutschen politischen Fragen unter französischen Parteigesichtspuncten zu beurtheilen. Die Aufgabe, welche sich den elsaß-lothringischen Autonomisten in dieser Beziehung stellt, wird also sein, sich zunächst über die deutschen Dinge zu unterrichten und dann entsprechend ihren principiellen politischen Anschauungen und unter Berücksichtigung der Interessen ihres Heimathlandes ihren Standpunct zu wählen. Daß diese Interessen nicht auf den Anschluß an eine grundsätzliche Oppositionspartei hinweisen, liegt auf der Hand; die Männer, welche in ihrer Heimath die Losung positiven Schaffens ausgegeben haben, können auf dem Gebiete der Reichspolitik nicht der Fahne der reinen Verneinung folgen. Allem Anscheine nach wird man es freilich von dieser Seite nicht fehlen lassen, sich um sie zu bewerben; wir denken aber, die Autonomisten werden auf ihrer Hut sein. Es ist eine schwere Verantwortung, welche sie mit dem Eintritt in den Reichstag übernommen haben: werden sie derselben gerecht, so wird ihre Thätigkeit ohne Zweifel für ihr Heimathland von den günstigsten Folgen sein.

Am Sonntag Morgen trat in Berlin das Centralwahlcomité der nationalliberalen Partei zusammen, um über die Durchführung einer ständigen Parteiorganisation zu berathen. Die letzten Wahlen zum Reichstage haben den Beweis geliefert, daß es keineswegs genügt, in den letzten Monaten oder gar Wochen vor dem Wahltage Wahlcomités zu bilden, in einigen Wählerversammlungen, bei denen es in den meisten Fällen auch noch mehr auf persönliche Schaustellung als auf ernste Förderung der Parteisache abgesehen ist, zu berathen und im Uebrigen die Dinge gehen zu lassen. Die Ultramontanen und namentlich die Socialdemokraten sind das ganze Jahr über an der Arbeit. Wenn die Ersteren bei den Reichstagswahlen nennenswerthe Erfolge nicht mehr erzielt haben, so erklärt sich Das zur Genüge dadurch, daß sie vorher schon diejenigen Wahlkreise, in denen sie überhaupt auf Erfolge rechnen können, im Besitz hatten. Die Erfolge der socialdemokratischen Agitation dagegen sind bekannt; sie erhalten aber keineswegs einen entsprechenden Ausdruck durch die Thatsache, daß im nächsten Reichstage 13 (anstatt bisher 9) Socialdemokraten sitzen werden. Socialdemokratische Candidaten sind bei den letzten Wahlen in nicht weniger als 40 Wahlkreisen aufgetreten, und wenn sie auch nur in 13 Kreisen den Sieg davongetragen haben, so haben sie doch so große Minoritäten ins Feld geführt, daß bei den nächsten Wahlen Schlimmeres zu befürchten ist. Wenn freilich alle diejenigen Wähler, welche am 10. Januar ihre Stimmen den socialdemokratischen Candidaten gegeben haben, zu den überzeugten Anhängern der Socialdemokratie gehörten, so wäre von einer Gegenagitation wenig Erfolg zu erwarten. Das ist aber nicht der Fall, wie auch der Abg. Windthorst-Meppen in derselben Rede im Abgeordnetenhause constatirte, in der er die Liberalen damit tröstete, er werde, wenn seine Zeit es ihm erlaubte, die Vorstudien zu beendigen, in der nächsten Session des Reichstages die Initiative ergreifen, um die berechtigten Ansprüche der Partei zu befriedigen. Aber, wie Dem auch sei, der rasche und weitgehende Erfolg der socialdemokratischen Agitation ist überraschend, so überraschend, daß es sich wohl verlohnt, die Mittel dieser Agitation zu controliren. Vor Allem die finanziellen. Wie bereits gesagt, hat die Partei bei den letzten Wahlen in nicht weniger als 40 Wahlkreisen eigene Candidaten aufgestellt. Man hat nun berechnet, daß, wenn man den Umfang und die Art der Agitation ins Auge faßt, die Wahlcampagne durchschnittlich etwa 10,000 ℳ für je einen Wahlkreis, im Ganzen also etwa 400,000 ℳ gekostet hat. Dazu kommen die Ausgaben für etwa 150 Reiseprediger, welche die Partei Jahr ein Jahr aus unterhält, die Kosten für die Parteipresse u. s. w. Natürlich fragt man sich, wie die Parteiführer die Mittel zu so kolossalen Ausgaben beschaffen. Daß es möglich sei, dieselben durch freiwillige Beiträge der Parteigenossen zu beschaffen, ist schon deshalb unglaublich, weil, wie sich herausgestellt hat, der Ertrag dieser Beiträge mit der Zunahme der Zahl der Parteigenossen keineswegs Schritt gehalten hat, und die Führer schon längst auf die Ausübung eines Zwanges verzichtet haben, um die Partei zusammenzuhalten. Nach dem Urtheile Derjenigen, welche mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind, steht es demnach fest, daß die socialdemokratische Agitation nicht mit eigenem Gelde wirthschaftet. Sie bezieht ihre Mittel offenbar aus derselben Quelle, aus der die „Reichsglocke" und ähnliche Unternehmungen unterhalten worden sind, d. h. aus den Kreisen der ultramontanen Partei (und wohl aus diesen vorzugsweise) und der altpreußischen Junkerpartei, welche beide das gegenwärtige Regime mit gleichem Hasse verfolgen und den Satz „gegen Demokraten helfen nur Soldaten" also übersetzen: „Gegen Liberale helfen nur Socialdemokraten". Dieser stillen Societät gegenüber die Hände in den Schooß legen, wäre gleichbedeutend mit der Resignation der liberalen Partei und ihrem eigenen Ruin.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 20. Februar.

Das Reichskanzleramt macht bekannt: Die Eröffnung des zum 22. d. M. einberufenen Reichstags findet an diesem Tage um 1½ Uhr Nachmittags im Weißen Saale des Schlosses statt. Zuvor wird Gottesdienst für die Mitglieder der evangelischen Kirche im Dom, um 12½ Uhr für die Mitglieder der katholischen Kirche in der Hedwigskirche abgehalten werden. Weitere Mittheilungen über die Eröffnungssitzung werden im Bureau des Reichstags am 21. Februar von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 22. Februar von 8 Uhr ab offen liegen. In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungssitzung ausgegeben.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung" zeigt sich sehr ungehalten über die Kritik, welche die angekündigte conservative oder deutschconservative Partei des Reichstags in der liberalen Presse erfährt. Sie erkennt in der Bildung der neuen Partei das Walten eines großen Naturgesetzes und ermahnt die Liberalen, sie sollten „einmal aufhören, alle Vorgänge im politischen Leben nach dem Maßstabe der eigenen Pygmäennatur zu beurtheilen." Es ist in der That mehr als komisch, wenn dasselbe Blatt, welches der nationalliberalen Partei für ihre Haltung gegenüber den Conservativen die kleinlichsten Motive des Fractionsneides unterlegt, sich über pygmäenhafte Beurtheilung von Seiten Anderer beschwert. Im Uebrigen dürfte es gut sein, die pomphaften Reden von dem „Naturgesetz" so lange bei Seite zu lassen, bis sich die sichtbaren Wirkungen desselben etwas deutlicher übersehen und würdigen lassen. Bis jetzt scheint es uns noch keineswegs ausgemacht, daß die jenseits der deutschen Reichspartei stehenden Elemente sich wirklich zu einer einzigen conservativen Fraction zusammenschließen werden. Aber selbst wenn Dies geschieht, werden wir es uns einstweilen doch noch ersparen, uns vor dieser Fraction in Ehrfurcht zu beugen als vor jener echten conservativen Partei, welche im natürlichen Gange der Entwickelung auch im deutschen Reiche allerdings auf die Dauer nicht ausbleiben kann. Denn darüber täuscht sich Niemand: jene „einzige conservative Partei", wenn sie zu Stande kommt, ist Nichts als das Wiederauftauchen der altpreußischen Junkerpartei. Oder will uns die „N. A. Z." etwa glauben machen, daß durch die Beimischung des einzigen Gesinnungsgenossen, den man im ganzen übrigen Reiche hat austreiben können, plötzlich ein ganz Neues entstanden sei? Alle Achtung vor Herrn Katz-Gernsbach, aber ein solches Wunder bewirkt zu haben, wird er wohl selbst nicht behaupten wollen.

Der Beschluß der Budgetcommission des preußischen Abgeordnetenhauses vom Sonnabend Abend über die Berlin-Dresdner Eisenbahnvorlage ist mit 10 gegen 7 Stimmen verneinend ausgefallen, wie bei der Zusammensetzung der Commission im Voraus vermuthet werden konnte. Der Zufall wollte, daß die beiden freiconservativen Mitglieder der Commission, Nasse und Stengel, zugleich die einzigen sind, welche innerhalb ihrer Partei der Vorlage abgeneigt sind. Auch die Abstimmung der nationalliberalen Mitglieder (für die Vorlage 6: Hammacher, Pilet, Rickert, Röstel, Weber, Wehrenpfennig; gegen die Vorlage 3: v. Benda, Kieschke und Lipke) ist schwerlich der Stimmenzahl entsprechend, welche innerhalb der Partei für die eine und andere Ansicht vorhanden ist, obwohl darüber mit Sicherheit erst nach den späteren Verhandlungen der Fraction zu urtheilen sein wird. Der conservative Vertreter Graf Limburg-Stirum stimmte für, die Mitglieder der Fortschrittspartei und des Centrums, so weit sie anwesend waren, sämmtlich gegen die Vorlage. Ehe diese Abstimmung über §. 1 des Gesetzes vollzogen wurde, kam als §. 1a der Antrag Hammacher zur Abstimmung, dahin gehend „Zur Perfection der Vorlage ist bei fortdauerndem Widerspruch der königlich sächsischen Regierung die Genehmigung des Bundesrathes erforderlich." Dieser Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen, da auch

SLUB
Wir führen Wissen.